

**KURZ GEMELDET**

**Strickkreis voller Nächstenliebe**

Der Strickkreis des Vereins Nächstenliebe trifft sich morgen Nachmittag von 16 bis 18 Uhr im Begegnungszentrum Gerberstraße 20 (Eingang Hofseite) zum letzten Mal in diesem Jahr zum gemütlichen Stricken für Kinder. Gesucht werden weiterhin Bundesfreiwillige oder Studenten zur stundenweisen Unterstützung. Informationen gibt's unter Telefon 0341 6886319.

**Jobcenter mit Notfallbesetzung**

Das Jobcenter ist morgen nur für Notfälle besetzt. Die Behörde bittet deshalb darum, an einem anderen Tag zu kommen oder von 8 bis 18 Uhr unter Telefon 0341 91310705 anzurufen. Die Arbeitsagentur ist morgen uneingeschränkt geöffnet.

**Weihnachtssingen in der Versöhnungskirche**

Der Chor der Schule zur Lernförderung „Johann Heinrich Pestalozzi“ lädt für morgen um 10.30 Uhr in die Versöhnungskirche am Viertelweg in Gohlis zum Weihnachtssingen ein. Der Eintritt ist frei.

**Teelichthalter werden getöpft**

Morgen erleuchten viele Lichter im Soziozentrum Anker, Renftstraße 1. Passend zum Tag der Kerze werden in der Töpferei von 15 bis 18 Uhr weihnachtliche Teelichthalter getöpft und verziert.

**Führung im Bach-Museum**

„Bach und Luther“ lautet morgen ab 15 Uhr das Thema einer Führung durch die Kabinettausstellung im Bach-Museum, Thomaskirchhof 15/16. Informationen gibt es unter Telefon 0341 9137202.

Anzeige

**BEILAGENHINWEIS**

In einem Teil dieser Ausgabe finden Sie Prospekte von:

**MediaMarkt**

**Thalia.de**  
Bücher, Medien und mehr

**Wir bitten um freundliche Beachtung.**

**LVZ.de Top-Klicks**

1. Familie und Freunde suchen auf Facebook nach 16-jähriger Vanessa
2. Fußgänger und Hund sterben bei Unfall
3. Morgendliche Durchsuchungen in weißer Villa in Leipzig
4. Banden-Mord in Grünau – zweiter Täter vor Gericht
5. Vermisste 16-Jährige wohlbehalten wieder aufgefunden

Stand: Gestern 20 Uhr

**LEIPZIGER VOLKSZEITUNG**

Geegründet 1894

Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG

**Chefredakteur:** Jan Emendörfer  
**Stellvertreter:** André Böhmner, Olaf Majer

**Chef vom Dienst:** Dr. Anita Kecke.  
**Chefreporter:** Guido Schäfer. **Sachsen/Mitteldeutschland:** Roland Herold. **Stellv.:** Andreas Debski. **Wirtschaft:** Ulrich Milde. **Kultur:** Peter Kortfmacher. **Sport:** Frank Schöber. **Abosort:** Kerstin Bräster. **Redaktionsproduktion:** Bert Klinghammer. **LVZ-Digital:** Matthias Roth. **Lokales Leipzig:** Björn Meine. **Stellv.:** Klaus Staebert (Kommunalpolitik), Chef vom Dienst: Dominic Welters. **Polizei und Justiz:** Frank Döring. **Schkeuditz/Tauch:** Olaf Barth. **Marktlebeberg:** Jörg ter Vehn. **Korrespondent Dresdner Büro:** Jürgen Kochinke. **Dr.-Kültz-Ring 12, 01067 Dresden, Telefon:** 0351 8075171

Die LVZ erscheint in Zusammenarbeit mit dem **RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)**.  
**Chefredakteur:** Wolfgang Büchner

Mitglieder der Chefredaktion: Rüdiger Ditz, Marco Fenske, Matthias Koch  
**Newsroom-Leitung:** Stefanie Gollasch, Jörg Kallmeyer  
**Hauptstadtbüro Berlin:** Chefkorrespondent: Dieter Wonka  
**Nachrichtenagenturen:** dpa, afp, sid, epd

**Geschäftsführer:** Björn Steigert, Marc Zeimet, Adrian Schimpf  
**Anzeigen:** Arne Frank

**Verlag, Redaktion, Druckerei:** 04088 Leipzig, Hausanschrift: Peterssteinweg 19, 04107 Leipzig, Telefon: 0341 2181-0, Telefax: 0341 21811640, **Aboservice:** 0800 2181-020, **Kleinanzeigen:** 0800 2181-010, **Internet:** www.lvz.de

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 33,40 Euro (einschl. Zustellkosten und 7% = 2,19 Euro Mehrwertsteuer) oder durch die Post 39,50 Euro (einschl. Portoaanteil und 7% = 2,58 Euro Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für die E-Paper und den Online-Zugang zu den bezahlpflichtigen Inhalten auf www.lvz.de 1,50 Euro (einschl. 19% = 0,24 Euro Mehrwertsteuer). Für Kündigungen von Abonnements gilt eine Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Im Abonnement ist das Wochenmagazin „prisma“ enthalten.

**Die Auflage ist 100% geprüft.**  
**Anzeigenpreisliste** Nr. 256, gültig ab 1.1.2017

Für unverlangt eingesandenes Material keine Gewähr. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Zuschriften das Recht sinnwahrender Kürzungen vor. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. Streik oder Aussperrung besteht kein Entschädigungsanspruch. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Sie darf ohne vorherige Zustimmung durch den Verlag weder ganz noch teilweise vervielfältigt oder verbreitet werden. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Für die Herstellung der Leipziger Volkszeitung wird Recycling-Papier verwendet.

**+++ AUS DEM STADTRAT +++ AUS DEM STADTRAT +++ AUS DEM STADTRAT +++ AUS DEM STADTRAT +++**



**Dozenten-Protest vorm Ratssaal**

„Wir wollen keine Geschenke“ – das steht auf der Kiste der Weihnachtsmänner, die vorm Stadtrat kleine Präsente verteilen. In den Kostümen stecken freiberufliche Lehrkräfte der Volkshochschule (VHS), die mit der Verwaltung über ihre „Beziehungskiste“ mit der Stadt, also die Vergütung, reden wollen. Seit mehr als einem Vierteljahr werden sie aber verdröset. „Wir arbeiten tagtäglich für unsere Stadt und sorgen dafür, dass Leipzig Weiterbildung in hoher Qualität anbieten kann. Unsere Arbeit muss aber die Lebenshaltungskosten und unsere Kosten für soziale Absicherung bezahlen“, so Ulrike Pfeifer von der Dozenteninitiative der VHS. Derzeit sei dies nicht der Fall. Es gebe aber Handlungsoptionen, über die man einfach sprechen möchte. „Wir möchten gemeinsam mit der Stadt darauf drängen, dass der Freistaat die Finanzierung der Erwachsenenbildung deutlich nach oben korrigiert“, so Dozent Karl Kirsch. Denn auch die Stadt leide unter der chronischen Unterfinanzierung des Sektors durch den Freistaat Sachsen. *M. O.* Foto: André Kempner

**Polizeibehörde kommt Ende März**

Stadtrat beschließt Umbenennung des Stadtordnungsdienstes, mehr Personal und bessere Ausrüstung

VON KLAUS STAEBERT

Der Stadtordnungsdienst wird künftig als Polizeibehörde in der Öffentlichkeit auftreten. Das beschloss der Stadtrat gestern mit den Stimmen von CDU, SPD und AfD. Er machte damit zugleich den Weg für 25 neue Stellen in der Behörde, für neue Dienstbekleidung und Ausrüstung frei. CDU und SPD, die gemeinsam den Antrag eingebracht hatten, versprechen sich davon mehr Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Linke, Grüne und FDP monierten, den Bürgern werde damit Sicherheit nur vorgegaukelt. „Die ersten Mitarbeiter werden mit den neuen Uniformen und dem Schriftzug ‚Polizeibehörde‘ Ende des ersten Quartals 2018 auf der Straße sein“, kündigte Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal (Linke) gegenüber der LVZ an. Sie sollen zunächst an Brennpunkten wie der Innenstadt, dem Rabet im Osten und der Stützgarter Allee in Grünau zum Einsatz kommen. Zuvor würden bereits die Dienstfahrzeuge neu beschriftet. Statt Ordnungsdienst steht dann Polizeibehörde auf den Autos. Außerdem bekommen die Bediensteten stichsichere Westen und Schlagstöcke zum Selbstschutz. Die Einführung von Schlagstöcken, im Behör-

denjargon Rettungsmehrzweckstöcke genannt, wollte die Linke noch verhindern, scheiterte damit aber knapp mit 31 zu 32 Stimmen. Rosenthal verteidigte die Personalaufstockung mit wachsender Arbeitsbelastung. „Wir haben eine über dem Durchschnitt liegende Krankheitsquote“, sagte er. Von der neuen Ausrüstung verspricht er sich einen besseren Schutz seiner Mitarbeiter. Er erinnerte an Brandanschläge auf Dienstfahrzeuge. Auch sei eine Mitarbeiterin schon verprügelt worden. „Es ist nicht Alltag, aber es kommt vor“, so Rosenthal zur LVZ. „Das Thema Sicherheit ist momentan das wichtigste für die Leipziger“, begründete CDU-Stadträtin Achim Haas den Vorstoß. „Wir sind bei der Kriminalitätsbelastung bundesweit nach Berlin die Nr. 2.“ Das Ordnungsamt werde nicht die Polizei ersetzen. „Es geht um Ordnungswidrigkeiten und nicht um Straftaten“, betonte seine Fraktionskollegin Andrea Niermann. „Es geht um Müllverschmutzung, Radfahren auf Gehwegen, Lärmbelästigung oder Wildpinkeln“, so die CDU-Politikerin, die als Richterin arbeitet. Es mache für sie schon einen Unterschied, ob auf Uniformen und Fahrzeugen ‚Polizeibehörde‘ oder ‚Ordnungsamt‘ steht. Niermann: „Leipzig wird immer interna-

tionaler. Polizeibehörde verstehen auch Leute, die vielleicht nicht so gut deutsch sprechen.“ Die SPD verspricht sich von der Aufwertung des Stadtordnungsdienstes eine Entlastung der Polizei von Bagatelldfällen. Explizit nannte deren Stadtrat Claus Müller die „Ahndung von nächtlichen Ruhestörungen, Überprüfung des Fahrradverkehrs, Dokumentation von Blechschäden bei Unfällen“. Die Personalaufstockung auf 94 Mitarbeiter soll sicherstellen, dass die kommunale Polizeibehörde künftig auch bis in die Nachtstunden und an Wochenenden im Dienst sein kann. Kritik kam aus dem linken und liberalen Lager. „Der Antrag ist Ausdruck des Totalversagens der Großen Koalition in Land und Bund in Sicherheitsfragen“, wertete Reiner Engelmann (Linke) Massiver Polizeibau habe dazu geführt, dass vielerorts Polizeireviere wegfielen oder nicht mehr rund um die Uhr besetzt seien. Das jetzt beschlossene Maßnahmenpapier „strotzt vor Konjunktiven“, sagte er. So solle die Anschaffung von Diensthunden zunächst nur geprüft werden. Engelmann: „Es wird den Bürgern vorgegaukelt, dass es mehr Sicherheit in Leipzig geben wird.“ Auch René Hobusch (FDP) warnte davor, „die Leipzi-

ger hinter die Fichte zu führen“. Was die Menschen verunsichere, „sind nicht die Ordnungswidrigkeiten, das ist nicht der überfüllte Papierkorb oder der grölende Mitbürger, der zuviel getrunken hat, sondern die Kriminalität.“ Diese zu bekämpfen, sei jedoch Aufgabe der Polizei. „Es bleibt eine Nebelkerze und Augenauswischerei“, sagte Norman Volger (Grüne). Dass das Ordnungsamt künftig Polizeibehörde heißen wird, „ändert an der Sicherheitslage erst mal nichts.“ Auch Schlagstock und Sicherheitsweste hält er für unnötig. „Wenn jemand mit dem Messer herumfuchelt, müsste sich der Stadtordnungsdienst ohnehin zurückziehen“, so der Grüne. „Es besteht die Gefahr“, räumte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) ein, „dass die Grenzen zwischen Polizeivollzugs- und Ordnungsdienst verwischt werden.“ Es gebe durchaus Bestrebungen, Aufgaben der Polizei auf die Kommunen abzuwälzen. Doch dagegen setzen sich die kommunalen Verbände zur Wehr. Jung: „Wir wollen hier ein Zeichen in die Bevölkerung setzen, dass wir mehr für Ordnung und Sauberkeit in der Stadt tun. Und wir müssen unsere Mitarbeiter besser schützen und befähigen, diesen schweren Dienst zu vollziehen.“

Es geht um Müll, Radfahren auf Gehwegen, Lärm und Wildpinkeln.

Andrea Niermann CDU-Stadträtin

Es ändert nichts an der Sicherheitslage. Es bleibt eine Nebelkerze.

Norman Volger Grünen-Stadtrat

**Neue Grenzen für Finanzanlagen**

Eine Verschärfung der Richtlinie für städtische Finanzanlagen hat der Stadtrat gestern auf Initiative der Grünen mit großer Mehrheit beschlossen. Danach darf die Kommune ab 2018 nicht mehr in Branchen investieren, „die ökologisch, sozial und/oder ethisch bedenklich sind“. Dazu zählen Unternehmen der Atom-, Kohle-, Rüstungs- und Waffenindustrie sowie Firmen, die mit Kinder- und Zwangsarbeit Geld verdienen. „Es ist vernünftig, die städtischen Finanzanlagen nachhaltig umzu-

strukturieren“, so Grünen-Fraktionschef Norman Volger. FDP-Stadtrat Sven Morlok nannte es dagegen „verlogen“, Investmentfirmen die Finanzierungsgrundlage zu entziehen, nicht aber den eigenen Unternehmen, „weil es da um sehr viel Geld geht“. Die Beteiligung der kommunalen Stadtwerke an einer Fernwärmegeellschaft in Polen etwa trage mit zehn Millionen Euro erheblich zum Stadtwerkergewinn bei. Die Fernwärmeproduktion dort erfolge zu 98 Prozent aus Kohle. *K. S.*

**Neue Haltestelle für Lützschena**

Die stadtauswärtige Straßenbahnhaltestelle in Lützschena bekommt einen endlich Fahrgastunterstand. Das beschloss der Stadtrat einstimmig und folgte damit einer Forderung des Ortschaftsrates. „Wir stehen hier buchstäblich im Regen“, sagte Ortsvorsteherin Margitta Ziegler. „Wir haben keinen Fünf-Minuten-Takt, die Straßenbahnen fahren alle 20 oder sogar 30 Minuten.“ Deshalb hatte der Ortschaftsrat Lützschena-Stahmeln eine überdachte Haltestelle angemahnt.

Mit der bevorstehenden Neuausschreibung der Werbekonzession soll nun auch ein moderner Fahrgastunterstand ermöglicht werden – vorzugsweise am aktuellen Haltestellenstandort. Die Verkehrsbetriebe planen in Vorbereitung des Einsatzes 2,40 Meter breiter Fahrzeuge, den Gleisabschnitt bis 2025 ohnehin auszubauen. In diesem Zusammenhang soll auch ein barrierefreier Ausbau der Haltestelle erfolgen, hieß es im Rathaus. *K. S.*

**Überfälle mit Machete: Längere Haft für Räuber-Duo**

Sein Markenzeichen: eine Machete. Derjenige Räuber, der bei Überfällen in Leipzig mit einer solch martialisch anmutenden Waffe seine Opfer bedroht hat, ist vom Landgericht zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Sein Komplize erhielt sieben Jahre Freiheitsentzug. Beide wurden zudem zur Therapie in eine Entziehungsanstalt eingewiesen. Dem Urteil zufolge überfiel Macheten-Mann Toni S. (25) gemeinsam mit Batuhan Y. (35) im Februar dieses Jahres eine Spielothek in der Arthur-Hoffmann-Straße; dabei erbeuteten sie etwa 180 Euro. Für Mittäterin Janin Z. (23) – sie hatte die Einrichtung zuvor ausgespäht – hielt die fünfte Strafkammer des Landgerichts anderthalb Jahre Haft auf Bewährung für angemessen. In diese Entscheidung bezogen die Richter noch eine Vorstrafe mit ein. Auf das Konto der beiden Hauptangeklagten gingen noch weitere Beutezüge, die sie solo oder mit jeweils anderen Komplizen Anfang des Jahres begangen haben. Betroffen waren ein Minimarkt in der Eisenbahnstraße, ein Blumengeschäft in der Ostheimstraße, eine Spielothek in der Dresdner Straße. Das Urteil ist bereits rechtskräftig, hieß es gestern im Gericht. Wie berichtet, war der Angeklagte Toni S. zum Prozessauftakt im September auf einen LVZ-Fotografen sowie einen Kameramann losgegangen. Er konnte von Justizwachmeistern jedoch sofort überwältigt werden. Die Betroffenen erstatteten keine Anzeige, sodass der Angriff keine Konsequenzen hatte. Im Verlauf des mehrtägigen Prozesses kam es zu keinen weiteren derartigen Vorfällen. *S. K.*

**Frau und Kind angegriffen: Täter muss in Psychiatrie**

Weil er glaubte, die Frau entführt gerade ein Kind, griff er sie massiv an: Der Gewalttäter, der am 23. Mai 2017 eine Mutter, die in Connewitz mit einem Kinderwagen unterwegs war, attackiert und ihren Kopf rückwärts nach rechts gedreht hat, ist in eine psychiatrische Klinik eingewiesen worden. Das Landgericht Leipzig hielt den 30-Jährigen aber für nicht schuldig, da er zur Tatzeit an paranoider Schizophrenie litt. Es handelte sich um eine Wohnvorstellung, als Tino Z. meinte, eine Osteuropäerin sei mit einem entführten Kind in der Bornaischen Straße auf der Flucht. Die Staatsanwaltschaft ging zunächst davon aus, dass Tino Z. im Zustand der Schuldunfähigkeit einen Mordversuch begangen hat, weil er der Frau das Genick brechen wollte. Die Schwurgerichtskammer des Landgerichtes bewertete den Angriff letztlich als „versuchtes Tötungsdelikt, von dem der Mann aber – wäre er schuldig – strafbefreit zurückgetreten“ sei. „Im Ergebnis bleibt als Tatbestand gefährliche Körperverletzung übrig“, so ein Sprecher des Gerichts. Die betroffene Mutter (37) aus Leipzig, die Nebenklägerin im Verfahren war, litt ihrer Anwältin Eve Leupold zufolge unter Todesangst. Mittlerweile habe sie den Übergriff „gut verarbeitet“, wisse, dass Tino Z. psychisch krank sei. Die Halswirbelsäule der Frau war überdehnt worden. Weil sich die 37-Jährige im Moment des „hinterlistigen Überfalls“ mitgedreht hatte, war es nicht zu todbringenden Verletzungen gekommen. Tino Z. wurde kurz nach dem Angriff gefasst. *S. K.*

**Neuer Vorstand des Stadtschülerrats**

Der Stadtschülerrat hat jetzt auf seiner 2. Vollversammlung aller weiterführenden Schulen einen neuen Vorstand gewählt. Als neuer Vorsitzender bekam Johannes Gosch aus der Thomasschule die notwendigen Stimmen. Der Zehntklässler, welcher bis dato das Amt des Vize innehatte, möchte sich vor allem für die Verbesserung der Schulnetzplanung sowie die öffentliche Präsenz des Gremiums einsetzen. Zu seiner Stellvertreterin wurde Elftklässlerin Katedi Walsch vom Immanuel-Kant-Gymnasium gewählt. Beide werden dieses Amt bis zum Schuljahresende begleiten. Nötig wurde der Umengang durch die Wahl von Ex-Stadtschülersprecher Noah Wehn zum Vorsitzenden des Landesschülerrats Sachsen. *Ivz*

**Stadtrat kompakt**

- Die Entscheidung, ob auf der Grünfläche in der Eigenheimstraße in Dölitz-Dösen eine Kita gebaut wird, ist wiederholt verschoben worden. Anwohner hatten vor der Sitzung erneut dagegen protestiert.
- Eine Petition mit 694 Unterschriften gegen die Rodung des Sternwartenwäldchen im Zentrum-Südost zugunsten eines Bauprojektes wurde Bürgermeister Heiko Rosenthal (Linke) übergeben. Er versprach, die Anwohner im Fragen von Ersatzbepflanzungen künftig stärker zu beteiligen.
- Der Stadtrat wird künftig einmal pro Jahr eine migrations- und integrationspolitische Stunde durchführen.
- Für die bauliche Unterhaltung von Kitas in freier Trägerschaft soll es ab 2019 eine höhere Pauschale geben. Beschlossen wurden 3,78 Euro pro Quadratmeter (bisher: 2,56 Euro). *M.O.*

**Jung: Keine Einflussnahme auf künstlerische Gestaltung des Lichtfests**

Die Stadt Leipzig nimmt keinen Einfluss auf die künstlerische Gestaltung des Lichtfestes. Das stellte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) auf Anfrage der CDU-Fraktion klar. Inhaltlich verantwortlich sei die Leipzig Tourismus und Marketing GmbH (LTM), die mit Jürgen Meier einen künstlerischen Leiter und Intendanten beauftragt hat. Die Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989“ stehe dabei beratend zur Seite, bereite die hauptsächlich die alljährliche Rede zur Demokratie vor. „Wir sollten als Stadtrat nicht versuchen, inhaltlich auf das Lichtfest einzuwirken. Das geht schief“, glaubt Jung, der erneut vom großen Echo auf die jüngste Veranstaltung sprach. „Wir gestalten eben kein

Bratwurstfest mit Bierauschank, sondern bieten ein Forum, auf dem Zeitzeugen und junge Leute ins Gespräch kommen und diskutieren können.“ Die Identifikation mit dem Ereignis sei hoch. So habe Veranstalter LTM in diesem Jahr offiziell mehr als 15000 Leipziger und Gäste gezählt. Die CDU-Stadtratsfraktion sieht allerdings die Erinnerung an den so entscheidenden Tag für Leipzig zunehmend „verwässert“. Gerade mit Blick auf den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution im Jahr 2019 hat sie einen „grundsätzlichen Diskussionsbedarf“, ob das Lichtfest in der zuletzt durchgeführten Form seinem ursprünglichen Zweck, dem Gedenken an die Ereignisse und Akteure der Friedli-

chen Revolution, noch gerecht wird. „Der 9. Oktober mit dem Lichtfest ist ein städtischer Feiertag. Über dessen Ausrichtung sollten wir schon diskutieren und diese mit einem Ratsbeschluss legitimieren“, findet CDU-Mann Ansbert Maciejewski. Fraktionskollegin Andrea Niermann sprang ihm bei: „Es gibt Leute, die an der demokratischen Legitimation, wie das Lichtfest gestaltet wird, zweifeln. Das kann ich verstehen.“ Die CDU wollte in der Initiative mitwirken. Die beruft sich aber darauf, sich als parteiunabhängige Gruppe gegründet zu haben. Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke (Linke) hat bereits angekündigt, dass ein künstlerisches Projekt für das Lichtfest 2019 ausgeschrieben wird. *Mathias Orbeck.*